



# SPREEREHELL

„Die herrschenden Ideen einer Zeit waren stets nur die Ideen der herrschenden Klasse.“ K. Marx

ZEITUNG DER DKP FRIEDRICHSHAIN-KREUZBERG

➤ OKTOBER 2015

## MEHR PROFITE DURCH MEHR MIETE?

*Rund um die Friedrichshainer Andreasstraße plant die WBM massiven Neubau - gegen den Widerstand der Anwohner*

→ Der aufmerksame Zeitungsleser konnte erfahren: 20 Neubauten will die Wohnungsbaugesellschaft Mitte (WBM) wohl bis 2017 auf „Freiflächen“ in Friedrichshain hochziehen. Wo genau, ist nicht bekannt; klar scheint aber zu sein, dass 15 sogenannte „Punkthochhäuser“ (quadratisch, geringe Grundfläche, viele Geschosse) rund um die Andreasstraße entstehen sollen.

Ein Versteckspiel der WBM – alles kam nur per Zufall ans Tageslicht. Es wäre nicht das erste Mal, dass das kommunale Unternehmen aufgrund unlauterer Methoden in die Schlagzeilen gerät.

Wohnungsneubau – in Zeiten von Wohnraummangel und horrenden Mieten klingt das erst einmal erfreulich. Die WBM gibt sich sozial: angeblich sollen sogar 30% der neuen Wohnungen für „nur“ 6,50 €/m<sup>2</sup> vermietet werden. Allerdings mit finanzieller Förderung durch den Senat – die Wohnungen sollen zugunsten sprudelnder Mieteinnahmen der WBM bezuschusst werden. Und es sind die Wohnungen in den unteren Geschossen, die durch die dichte Bebauung dunkel und

unattraktiv ausfallen werden. Die hellen, schönen Wohnungen sollen dagegen ab 12 €/m<sup>2</sup> aufwärts kosten und „sich am Markt orientieren“, wie die WBM das nennt. Sie wären dann nur etwas für Leute mit dicken Brieftaschen. Was sich natürlich auf den Mietspiegel auswirkt, denn dieser unterscheidet nicht nach unten und oben. Damit wäre gewährleistet, dass die WBM weiter wie bisher „ganz legal“ Mieterhöhungen durchsetzen kann.

↘ Fortsetzung Seite 2



### FRIEDEN STATT NATO!

*Kundgebung am Anti-Kriegstag in Kreuzberg*

Angesichts der wachsenden Kriegsgefahr in der Ukraine, Syrien, der Türkei und anderswo hatte unsere Gruppe beschlossen, eine antimilitaristische Kampagne in Friedrichshain/Kreuzberg durchzuführen. Als Partner konnten wir dafür die SDAJ gewinnen, andere Organisationen unterstützten unseren Aufruf. Im Vorfeld wurden zahlreiche Flyer verteilt und Plakate geklebt. Am Tag selbst hingen weithin sichtbar im Bezirk Transparente, die deutlich machten, dass es mit der Nato keinen Frieden geben kann, und die für den 1. September zur Teilnahme an einer Kundgebung aufriefen. Trotz starken Regens gab es viel positive Resonanz. Da wir davon ausgehen, dass sich innerhalb des nächsten Jahres die Situation nicht bessern wird und wir weiter für den Frieden werden kämpfen müssen, bleibt der Kampf gegen den NATO-Imperialismus eine unserer Kernaufgaben. Eine der nächsten Aktionen wird die antimilitaristische Demonstration gegen den „Großen Zapfenstreich“ zum 60-jährigen Bestehen der Bundeswehr vor dem Reichstagsgebäude sein (siehe Seite 3).

## O-TON

*„Ohne die militärische Präsenz der USA können wir unsere Demokratien nicht schützen.*

*Die USA schützen Europa aus Eigeninteresse gegen das Vormachtstreben Russlands, Chinas und der Staaten des Nahen Ostens.“*

**Gunnar Schupelius**, Kolumnist des Boulevardblatts B.Z., argumentiert für das Freihandelsabkommen TTIP gegen die Kritik seiner Leser

## TERMIN-PINNWAND

**DO., 5. NOVEMBER, 19.30 UHR**  
**ROTER STAMMTISCH DER**  
**DKP FRIEDRICHSHAIN-**  
**KREUZBERG**

*Thema: Prof. Heinz Karl spricht über den 80. Jahrestag des VII. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale 1935. Die Bedeutung der Volksfront-Politik und die Lehren für den antifaschistischen Kampf heute.*

**ORT:** Café Commune, Reichenberger Str. 157, 10999 Berlin-Kreuzberg

**MI., 11. NOVEMBER, 17.00 UHR**  
**BERLIN-MITTE: ANTIMILITARISTISCHE DEMONSTRATION**

*Gegen den „Zapfenstreich“ der Bundeswehr vor dem Reichstagsgebäude. Die Truppe möchte ihr 60-jähriges Bestehen mit viel Tamtam feiern. Vermiesen wir ihre Party!*

**ORT:** Rosenthaler Platz, Berlin-Mitte

**SA., 21. NOVEMBER**  
**GEDENKEN AN SILVIO MEIER**

*Anschließend große Antifaschistische Gedenkdemostration.*

**ORT:** U-Bhf Samariterstraße, Berlin-Friedrichshain

↘ Fortsetzung von Seite 1

Für die jetzigen Bewohner des Viertels bedeutet die Extrem-Bebauung ohnehin krasse Einschnitte in die Wohnqualität. Noch sind die Mieten im Andreaskiez relativ moderat, denn trotz der zentralen Lage gilt Wohnen in DDR-Neubausiedlungen als unattraktiv. Wurde das Konzept sozialistischen Wohnens durch die „Wende“ 1989 sowieso schon verunmöglicht, führt die geplante enge Bebauung nicht nur zu weniger Licht in den Wohnungen. Die vorhandene Infrastruktur (Einkaufsmöglichkeiten, Kitas und Schulen, Park- und Spielplätze, Grünflächen) droht zu bersten. Kein Wunder also, dass die Vertreter der Anwohner die WBM abblitzen ließen.

Wohnungspolitik im Sinne der Menschen muss eine politische Deckelung der Mieten beinhalten. Kapital ist genug da, wie die Gewinne der Unternehmen und die steigenden Milliardenarszahlen in der BRD belegen. Aber im Kapitalismus wird vom ersten Maurerkellenschlag an bis hin zur Instandhaltung profitorientiert gewirtschaftet. Auch „gemeinnützige“ und kommunale Wohnungsunternehmen wie die WBM folgen den Senatsvorgaben und wirtschaften kapitalistisch. Sie vermieten und verkaufen Wohnungen „rentabel“, um Gewinn zu erzielen. Da ist die Situation der Mieter egal. Unter den Rahmenbedingungen des Marktes geht es niemals darum, die Mieten möglichst gering zu halten. ■



## KULTUR ODER PROFIT?

*Ehrenhain am RAW abgeholt*

→ Das Reichsbahnausbesserungswerk (RAW) in der Revaler Straße war in der DDR nach dem roten Gewerkschafter Franz Stenzer benannt, der 1933 im KZ Dachau durch Genickschuss ermordet wurde. Dort steht eine Stehle zu seiner Erinnerung.

Als das RAW 1995 wie fast alle ostdeutschen Betriebe auch plattgemacht wurde, besetzten Künstler das Terrain. Ziel war es, hochwertige Kultur niedrigschwellig anzubieten. Kommerzieller Erfolg sollte ursprünglich nicht das Programm bestimmen, Disco- und Konzertbetrieb lediglich das vielschichtige Kulturprogramm finanzieren. Tatsächlich verkam das Gelände zur Partymeile. Immer mehr Feiertourismus führte außerdem dazu, dass sich das Gelände zu einem Kriminalitäts-

schwerpunkt entwickelte. Drogenprobleme, Raubüberfälle und Körperverletzungen sind an der Tagesordnung. Bezirksbürgermeisterin Herrmann (Grüne) sorgte für massive Polizeipräsenz – geändert hat sich nichts. Auch das Beseitigen sogenannter „dunkler Ecken“ – der Rodung sämtlicher Grünflächen, war lediglich eine PR-Aktion. Dass die sich Maximalprofit erhoffenden westdeutschen Besitzer den Stenzer-Ehrenhain gleich mit abholzten – ein willkommenes antikomunistischer Nebeneffekt? Im Kapitalismus ist Kultur nichts anderes als eine Ware – sie wird, wie auch der Drogenverkauf, betrieben, damit einige wenige möglichst viel Geld verdienen. Berlin wirbt schließlich um Touristen auch damit, dass man hier massenhaft Party feiern könne – bei Alkohol, Tabletten und Koks. ■



# TÜRKEI IM KRIEG GEGEN KURDEN UND FORTSCHRITTSKRÄFTE

*Auch in Berlin prügeln türkische Faschisten*

→ Auch in Kreuzberg mit seiner großen türkischen und kurdischen Community kam es vermehrt zu Auseinandersetzungen zwischen türkischen Nationalisten und HDP-Anhängern. Am 9. September griffen türkische Faschisten jugendliche Unterstützer der HDP nahe dem Kottbusser Tor an.

Vier Tage später organisierten mehrere kemalistische Organisationen eine Demonstration „gegen Separatismus“ vom Wittenbergplatz zum Adenauerplatz. Einige Teilnehmer überfielen anschließend einen HDP-Infotisch am Kottbusser Tor. Die HDP-Vertreter gehen davon aus, dass dieser Angriff kein Zufall war, sondern organisiert wurde.

Der Konflikt zwischen der kurdischen Befreiungsbewegung und dem türkischen Staat entbrannte Ende Juli neu und wird seitdem mit aller Härte weitergeführt – in Syrien, Rojava, der Türkei, und eben auch hier in Berlin. Seitdem sind mehrere hundert Menschen gestorben. Polizei und Armee haben eine massive Terrorkampagne vor allem gegen die Zivilbevölkerung in Gang gesetzt. Dabei mobilisiert der türkische Staat all seine Reserven, einschließlich der faschistisch-nationalistischen Schlägertrupps – die der nationalistischen Partei MHP nahe stehenden „Ülkü Ocakları“ (Idealistenvereine, auch als Graue

Wölfe bekannt). Sie entstanden Ende der 1960er Jahre als Bestandteil der NATO-Geheimarmee Gladio und dienten dem türkischen Staat schon in der Vergangenheit vor allem zu Angriffen auf sozialistische und kurdische Kräfte. Wie den Gewerkschafter und Kommunisten Celalettin Kesim, der bereits 1980 ebenfalls am Kotti von türkischen Faschisten und islamischen Fundis auf offener Straße ermordet wurde. Im Vorfeld der Wahl im Juni gab es über 100 Angriffe und Bombenanschläge auf die HDP.

Der türkische Staat und Erdogan können nicht mit einem freien Kurdistan leben, dass ein regionaler Stützpunkt für demokratische Erhebungen und antikapitalistische Alternativen mit der Option des Sozialismus sein könnte. Außerdem hat der Wahlerfolg der HDP das erste Mal eine prokurdische Liste ins Parlament gebracht. Auf ihr wurden auch mehrere Sozialisten gewählt. Erdogans Pläne, ein autoritäres Präsidialsystem einzuführen, wurden damit durchkreuzt.

Die Klassenkämpfe in der Türkei finden ihr Echo auch in den Exilländern. Wir als Kreuzberg-Friedrichshainer DKP unterstützen all die Kräfte, die gegen den türkischen (Staats-)Terrorismus, für eine sozialistische Türkei und das Selbstbestimmungsrecht der Völker kämpfen. ■



## ZAPFENSTREICH ABPFEIFEN!

*60 Jahre Bundeswehr –  
Kein Grund zu feiern!*

Am 11. November 2015 soll in Berlin der sogenannte „Große Zapfenstreich“ der Bundeswehr anlässlich ihres 60-jährigen Bestehens stattfinden. Vor dem Reichstagsgebäude werden zum abendlichen Militärspektakel 3000 Teilnehmer und Gäste erwartet. Antimilitaristen mobilisieren dagegen. Die Bundeswehr feiert auch „25 Jahre Armee der Einheit“. Seit der Annexion der DDR 1990 wurde die Militarisierung der deutschen Außenpolitik kräftig vorangetrieben. In den Verteidigungspolitischen Richtlinien von 1992 werden die „Aufrechterhaltung des freien Welthandels und des ungehinderten Zugangs zu Märkten und Rohstoffen in aller Welt“ als „vitales Sicherheitsinteresse“ der BRD angegeben. Gleichzeitig ist die Bundeswehr in den Krieg gegen Flüchtlinge im Mittelmeer involviert. Die EU-Militäroperation EUNAVFOR [nun freundlicher „SOPHIA“ getauft] vor libyschen Gewässern soll im Herbst ausgeweitet werden. Dort soll auch bewaffneten gegen Flüchtlingsboote vorgegangen werden. 60 Jahre Bundeswehr bedeutet 60 Jahre Militarisierung und immer mehr Krieg. Unser Ziel ist die Abschaffung der Bundeswehr und eine Welt ohne Krieg und Kapitalismus. Vermiesen wir ihre Geburtstagsparty!

### MEHR INFOS:

[www.zapfnix.blogspot.eu](http://www.zapfnix.blogspot.eu) – siehe auch Termin-Pinnwand Seite 2

# DKP



## Leben & kämpfen in Friedrichshain-Kreuzberg

Die DKP führt bundesweit ein reges Parteileben. In Friedrichshain-Kreuzberg arbeiten wir außerdem zu lokalen Themen: Wir engagieren uns antifaschistisch – wenn Nazis marschieren, ist Widerstand Pflicht! Wir unterstützen politische Bündnisse wie z.B. „Zwangsräumungen verhindern!“ oder Kotti&Co., um den Kampf gegen Verdrängung und steigende Mieten zu führen. Wir arbeiten in anti-rassistischen Initiativen im Kampf gegen staatlichen Rassismus und unterstützen Flüchtlingskämpfe. Wir sagen „Nein!“ und stellen uns quer, wenn die Kriegstrommel wieder tönt und deutsche Soldaten zu Auslandseinsätzen geworben werden sollen.

Uns eint ein Gedanke: Dieses kapitalistische Gesellschaftssystem muss überwunden werden! Wir kämpfen für den Sozialismus, eine Welt, in der die Grundlagen geschaffen werden für ein Leben ohne Ausbeutung, Krieg, Rassismus und Barbarei. Dafür braucht man eine starke und langfristige Organisation – für uns ist das die DKP.

Du möchtest uns kennen lernen und/oder mitmachen, oder einfach nur Kontakt zur DKP? Dann komm gern zu unserem offenen Treffen!

### KONTAKT & IMPRESSUM:

DKP Friedrichshain-Kreuzberg  
Franz-Mehring-Platz 1  
10243 Berlin  
Tel.: 030.29783132  
Web: [dkpfriedrichshainkreuzberg.blogspot.de](http://dkpfriedrichshainkreuzberg.blogspot.de)

Vi.S.d.P.: M. Größ, Franz-Mehring-Platz 1, Berlin

### OFFENES TREFFEN:

Jeden 2. und 4. Dienstag im Monat um 19.30 Uhr, Café Commune, Reichenberger Str. 157, Kreuzberg, U-Bahn Kottbusser Tor

## KLASSENGEGNER ZUM AUSSCHNEIDEN & SAMMELN



# DIETER GLIETSCH

*Vom Polizeipräsident zum Flüchtlingsbeauftragten*

→ Glietsch tönte zwar als Polizeipräsident immer von Deeskalation und Prävention, seine Berliner Polizeitruppe wurde dadurch aber nicht wirklich harmloser: Tötung wehrloser Menschen, Knüppelinsätze, Angriffe auf politische Demonstrationen, Durchführung von Abschiebungen, Drangsalieren von Fußballfans. Die Liste ließe sich beinahe endlos fortsetzen. Aktuell wurde Glietsch zum Koordinator für Flüchtlingsfragen berufen.

In vielen Regionen der Welt herrscht Krieg, Menschen flüchten vor Verfolgung, der Zerstörung ihrer Städte oder Armut. Annähernd 60 Mio. Menschen waren 2014 auf der Flucht. Die meisten bewegen sich dabei innerhalb des Herkunftslands, viele in der Heimatregion. Nur wenige nehmen den riskanten Weg nach Europa auf sich. Auch wenn jede Studie über Einwanderung das Gegenteil beweist, versucht uns die herrschende Politik weiszumachen, dass der Zusammenbruch des Abendlandes kurz bevorstehe. Denn die zwei Wochen staatlich verordneter Flüchtlingsolidarität sind vorbei – genug getan für das Image der BRD als angeblich weltoffenes und mit den Ärmsten der Armen solidarisches

Land. Ab jetzt gilt wieder: Flüchtlinge, die der deutschen Wirtschaft keinen Profit bringen, sollen raus!

In dieser Situation einen ehemaligen Polizeipräsidenten als Flüchtlingskoordinator zu berufen, zeigt eindeutig, was unsere Herren und Damen Politiker eigentlich von Menschenleben halten. Bei den Flüchtlingen geht es anscheinend nicht darum, zu helfen und ihnen ein menschenwürdiges Leben in der BRD zu ermöglichen. Es geht darum, sie zu administrieren, sie als Nummern zu verwalten. Sie müssen eben koordiniert werden. Durch eine Politik der harten Hand sollen sie zudem dazu gedrängt werden, „freiwillig“ wieder auszureisen, andere von vornherein von der Einreise abgeschreckt werden.

Nun ist für die Stadt mit der höchsten Polizistenanzahl pro Einwohner sicher nicht schlimm, dass einer ihrer Obermacker eingespart wird. Für die künftige Flüchtlingspolitik lässt es jedoch Übles erahnen. Ein Manager mit Law-and-Order-Mentalität eben – da ist es bloß eine Frage der Zeit, was er sich als nächste Schikannen einfallen lässt. ■